



Protokoll der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern

Montag, 25. März 2024, 19.00 Uhr
Hotel Bern

Vorsitz: Lena Allenspach und Meret Schindler, Co-Präsidentinnen der SP Stadt Bern

1. Begrüssung der Anwesenden durch das Co-Präsidium der SP Stadt Bern
Lena Allenspach begrüsst die Anwesenden mit einer kurzen Ansprache.

Statutarisches

2. Wahl der Stimmzählenden
Die Stimmzählenden werden einstimmig gewählt.

3. Protokoll der DV vom 29. Januar 2024
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

4. Jahresrechnung und Jahresberichte 2023
Die Jahresrechnung 2023 wird vom Finanzverantwortlichen Andreas Berz vorgestellt und von den Delegierten der SP Stadt Bern einstimmig genehmigt.

5. Sektionsbeiträge und Mandatssteuern 2024
Die Sektionsbeiträge und Mandatssteuern werden einstimmig genehmigt.

6. Statutenänderung
Die AG Queer hat im Hinblick auf eine inklusive Sprache eine Anpassung der Statuten vorgeschlagen. Die GL beantragt die Annahme dieser Statutenänderung.

- Die Statutenänderung I wird mit einer Enthaltung und ohne Gegenstimme genehmigt.
- Die Statutenänderung II wird mit einer Gegenstimme genehmigt.
- Die Statutenänderung III wird einstimmig genehmigt.
- Die Statutenänderung IV wird mit einer Gegenstimme genehmigt.
- Die Statutenänderung V (Art. 19 Finanzen) wird gemäss GL-Antrag einstimmig genehmigt.

Gesamtabstimmung: Die Delegierten der SP Stadt Bern beschliessen einstimmig die Statutenänderung gemäss GL-Antrag zu genehmigen.

7. Wahlen in die Parteigremien
Lukas Wegmüller (Vizepräsident) tritt auf eigenen Wunsch aus der Parteileitung zurück. Dominik Fitze verdankt seinen Einsatz in einer kurzen Rede und überreicht ihm ein Abschiedsgeschenk.
Die Parteileitung wird gemäss Antrag der GL per Akklamation wiedergewählt.
Andreas Berz wird gemäss Antrag der GL als Finanzverantwortlicher per Akklamation wiedergewählt.
Chandru Somasundaram (bisheriges Mitglied der Parteileitung) stellt sich den Anwesenden in einer kurzen Rede vor und wird gemäss Antrag der GL einstimmig als neuer Vizepräsident gewählt.
Lena Allenspach und Meret Schindler werden gemäss Antrag der GL einstimmig als Co-Präsidentinnen wiedergewählt.

Revisor:innen: Der Einsatz von Anna Borkowsky wird von der Parteileitung herzlich verdankt. Neu für sie kommt Marius Ley, SP Bern Nord. Die Revisor:innen werden einstimmig (wieder-)gewählt.

Initiativen

8. Entscheid über die Unterstützung der Klimagerechtigkeitsinitiative

Chandru Somasundaram stellt die Klimagerechtigkeitsinitiative des Grünen Bündnis vor. Die SP wurde vom Grünen Bündnis angefragt, ob sie die Initiative mitlancieren möchte. Die GL beantragt, die Initiative nicht mitzulancieren, da sie aus Sicht der GL nicht sozial ausgestaltet sei und konkrete Massnahmen fehlen würden.

Jakub Walczak argumentiert im Namen der JUSO Stadt Bern für die Mitlancierung der Initiative.

Walter Langenegger argumentiert für den GL-Antrag, da es sich bei der Initiative um eine Initiative für die Galerie handle.

Laura Binz spricht im Namen der SP-Fraktion, dass die Klimapolitik der SP sehr wichtig, aber die Initiative nicht der richtige Weg zum Ziel sei.

Weitere Wortmeldungen von Delegierten sprechen sich klar für den Antrag der GL bzw. gegen Mitlancierung der Initiative aus.

Abstimmung: Für eine Mitlancierung einer Initiative braucht es gemäss Statuten eine Zweidrittelmehrheit. Die Delegierten der SP Stadt Bern entscheiden mit klarer Mehrheit gegen die Mitlancierung und folgen damit dem Antrag der GL.

9. Entscheid über die Unterstützung der Mindestlohninitiative

Bernadette Häfliger stellt die Mindestlohninitiative vor. 157'000 Menschen leben trotz Vollzeitpensum unter der Armutsgrenze (Working Poor). 500'000 Menschen (10% der erwerbstätigen Bevölkerung) verdienen weniger als CHF 4'100 pro Monat. Es gibt bereits in 5 Kantonen einen Mindestlohn (Neuenburg, Jura, Tessin, Genf, Basel-Stadt). Auf städtischer Ebene wurden Mindestlöhne bereits in Zürich und Winterthur von der Stimmbevölkerung angenommen. Es gibt zudem zahlreiche Initiativ-Projekte in weiteren Kantonen und Städten. Der Berner Mindestlohn soll gemäss Initiative brutto CHF 23.80 betragen. Die Initiative soll von einem breiten Bündnis (Gewerkschaftsbund Stadt Bern, SP, Grünes Bündnis, Grüne Freie Liste und weitere) getragen werden.

Nachfrage: Wie entgegnen wir dem Standard-Argument der Gegenseite, dass die Wirtschaft bei Einführung von Mindestlöhnen zusammenbrechen würde?

Walter Langenegger beantwortet die Nachfrage, dass die Wissenschaft aufzeigen konnte, dass Mindestlöhne positive Effekte für die Wirtschaft haben.

Eine Delegierte fragt kritisch nach, wieso Praktika vom Mindestlohn ausgenommen würden. Heutzutage gebe es keine Praktika mit Ausbildungscharakter mehr.

Bernadette Häfliger weist auf die Bestimmung im Initiativtext hin, dass explizit nur Praktika mit Ausbildungscharakter vom Mindestlohn ausgenommen seien. Diese würde es sehr wohl noch geben, auch wenn viele Praktika keinen Ausbildungscharakter haben. Es gebe klare Anforderungen, was unter Praktika mit Ausbildungscharakter verstanden werde.

Abstimmung: Die Delegierten der SP Stadt Bern beschliessen einstimmig mit einer Enthaltung die Mitlancierung der Mindestlohn-Initiative.

Gemeinderatswahlen 2024

10. Nomination für die Gemeinderatswahlen 2024

Meret Schindler stellt kurz die Arbeit der Findungskommission vor, um geeignete Kandidat:innen für die Nachfolge des abtretenden Gemeinderats Michael Aebersold zu finden.

Vorstellung Marieke Kruit

Michael Aebersold spricht sich als Weggefährte für die amtierende Gemeinderätin Marieke Kruit aus, die sich zur Wiederwahl stellt. Marieke habe in den vergangenen drei Jahren Dossierkenntnis bewiesen und es geschafft, überzeugende und mehrheitsfähige Vorlagen fürs Volk zu bringen. Marieke sei lösungsorientiert und schaffe es Fronten aufzubrechen, etwa in der Verkehrspolitik.

Marieke Kruit betont in einer kurzen Ansprache ihren Gestaltungswillen und Freude am Amt als Gemeinderätin. Sie habe ein grosses Verantwortungsbewusstsein für städtische Projekten wie dem Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen, welches sie als zuständige Gemeinderätin steuert. Mit grosser Motivation und Energie strebt sie eine zweite Legislatur im Gemeinderat an.

Vorstellung Matthias Aebischer

Nadine Masshardt spricht sich als Weggefährtin für Kandidat Matthias Aebischer aus. Matthias vereine politisches Geschick, Teamarbeit, Menschlichkeit und Erfolg. Er zeige auch in schwierigen Phasen viel Empathie, Beharrlichkeit und Teamgeist. Er sei auch ein erfolgreicher Strippenzieher bei wichtigen Geschäften wie dem Filmgesetz oder aktuell dem Kita-Gesetz.

Matthias Aebischer berichtet davon, dass er in den letzten Wochen alle Sektionen der SP Stadt Bern im Rahmen der Tour des sections besucht hat und dabei die Anliegen der SP auf städtischer Ebene verstanden habe. Die SP habe im letzten Jahr ein hervorragendes Resultat erzielt in der Stadt Bern und es gelte in diesem Jahr, auf dieser Grundlage aufzubauen und die Gemeinde- und Stadtratswahlen zu gewinnen. Die Themen, die ihm am Herzen liegen, seien die wichtigen Themen der SP; faire Löhne, bezahlbarer Wohnraum, mehr Gleichstellung und Stärkung des Service Public.

Abstimmung: Die Delegierten der SP Stadt Bern nominieren einstimmig die beiden Gemeinderats-Kandidat:innen Marieke Kruit und Matthias Aebischer und folgen damit dem Antrag der GL.

11. Wahlbündnis RGM

Vereinbarung RotGrünMitte (SP, GB, GFL, GSB)

Meret Schindler stellt kurz den Kontext vor. Das Wahlbündnis RGM steht und es können keine inhaltlichen Anpassungen mehr vorgenommen werden. Der heutige Entscheid der Delegierten betrifft also die Frage, ob man mit RGM in den Wahlkampf gehen möchte oder nicht. Die gemeinsam erarbeitete Wahlplattform ist für die Gemeinderatskandidat:innen verbindlich und gelte nicht nur für den Wahlkampf, sondern auch für die kommende Legislatur.

Lena Allenspach stellt die inhaltlichen Eckwerte des Wahlbündnis RGM vor. Diese wurden bewusst nicht vorgängig an die Delegierten verschickt, da keine Anträge zum Inhalt möglich seien. Die Eckwerte enthalten unter anderem fortschrittliche Sozialpolitik, klimafreundliche und sozialverträgliche Verkehrspolitik, mehr Gleichstellung und Chancengleichheit, bezahlbares Wohnen für alle.

Abstimmung: Die Delegierten der SP Stadt Bern stimmen mit grosser Mehrheit bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen dem Wahlbündnis RGM zu und folgen damit dem Antrag der GL.

Stadtpräsidium

Für dieses Traktandum werden die Medienschaffenden gebeten, den Raum zu verlassen. Lena Allenspach hält in einer kurzen Rede fest, dass mit einer zweiten Kandidatur für das Stadtpräsidium der Stimmbevölkerung eine echte Wahl ermöglicht werde. Ohne diese Auswahl bestehe die Gefahr, dass die Stimmbevölkerung Unmutsbekundungen über eine Abstrafung des RGM-Bündnisses äussert.

Die Parteileitung beantragt den Delegierten, dass die SP zur Stärkung des RGM-Bündnisses eine Kandidatur für das Stadtpräsidium stellt. Die Kandidatur für das Stadtpräsidium soll aus statutarischen Gründen an der DV im Mai nominiert werden.

Es folgen verschiedene Voten der Delegierten.

Abstimmung: Die Delegierten der SP Stadt Bern folgen mit 98 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag der Parteileitung und entscheiden sich damit für eine Stadtpräsidiums-Kandidatur der SP. Die Nomination der Kandidatin Marieke Kruit findet erst an der DV im Mai statt, da diese Nomination aus statutarischen Gründen traktandiert werden muss.

12. Varia

Chandru Somasundaram stellt als Vize-Präsident die kommenden Anlässe der SP Stadt Bern vor.

Halua Pinto weist auf das Demokratiefest in der Prozessbar am 20. April hin und ruft die Anwesenden dazu auf, für die Demokratie-Initiative zu sammeln.

Grundsätze RGM-Politik: Basisdokument RGM-Wahlplattform

Verabschiedet am RGM-Forum vom 2. März 2024

*Hierbei handelt es sich um eine interne Abmachung (integraler Teil der Vereinbarung), welche mit den Bündnisbeschlüssen der MVs verabschiedet wird und von den Gemeinderatskandidat*innen entsprechend unterzeichnet wird.*

Über den Umfang und Inhalt der Kommunikation gegen aussen (Wahlplattform) wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Die Gemeinderats-Kandidierenden von RotGrünMitte verpflichten sich für die Legislatur 2025 bis 2028 zu folgenden Grundsätzen und Zielen:

1. Fortschrittliche Sozialpolitik

- Die Stadt Bern nimmt schweizweit eine Vorreiterrolle in Bezug auf Armutsprävention, Armutsbekämpfung, Bildungs- und Chancengerechtigkeit und der sozialen Alterspolitik ein.
- Alle Menschen in der Stadt Bern können gleichwertig an der Gesellschaft teilhaben. Die Stadt Bern führt die City Card ein.
- Die Stadt nutzt ihre Spielräume zur Implementierung neuer und umfassender Ansätze (wie z.B. Überbrückungshilfe) in der Sozialpolitik konsequent.
- Die Stadt Bern bekämpft prekäre und prekarierte Arbeitsverhältnisse konsequent. Sie legt dabei besonderes Augenmerk auf Ausbeutung durch Scheinselbständigkeit und Subunternehmerketten.
- Die Stadt Bern unterstützt die Bestrebungen zur Einführung eines Mindestlohns auf dem Gemeindegebiet.
- Die Stadt Bern fördert – in Zusammenarbeit mit Unternehmen, dem Kanton und anderen Stellen – die Arbeitsintegration von Menschen insbesondere auch aus der Sozialhilfe und dem Asylbereich.
- Es gibt genügend niederschwellige Angebote der Gemeinwesenarbeit in den Quartieren. Quartierarbeit (Kinder, Jugendliche, Erwachsene), einfach zugängliche Sozialberatung, etc. wird ausgebaut.
- Die Stadt Bern nutzt ihren asylpolitischen Handlungsspielraum konsequent und sorgt für eine menschenwürdige und inklusive Asyl-Unterbringung.
- Die Stadt Bern investiert in die aufsuchende Altersarbeit und die weitere Unterstützung von älteren Menschen (u.a. mit Betreuungsgutsprachen) und baut diese nachfrage- und bedarfsgerecht aus.
- Die Stadt Bern nutzt ihre Spielräume, um allen den Zugang zu den bezahlbaren Gesundheitsangeboten in Zusammenarbeit mit dem Kanton zu gewährleisten.

2. Wirkungsvolle und soziale Klimapolitik

- Die Energie- und Klimastrategie sowie das Klimareglement werden umgesetzt: Spätestens ab 2045 sollen auf dem ganzen Stadtgebiet weniger Treibhausgase freigesetzt werden, als hier gebunden werden können. Es wird transparent über den Fortschritt der Umsetzung darüber berichtet. Die sozialverträgliche Finanzierung der Massnahmen wird sichergestellt und priorisiert.
 - o Die Stadtverwaltung wird bis 2040 klimaneutral.
 - o In städtischen Gebäuden werden alle fossilen Heizungen ersetzt und die Gebäudehüllen energetisch saniert.

- o Die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Sanierungen und Heizungsersatz werden ausgebaut.
- o Bern sorgt dafür, dass auf allen geeigneten Dächern der Stadt Bern Solar- oder Solarthermieanlagen installiert werden.
- Die Stadt Bern setzt Massnahmen zum Erhalt der Biodiversität um und investiert bei Planungen und Bauprojekten in Flächen für die Stadtnatur.

3. Mehr Gleichstellung und Chancengleichheit

- Die Stadt Bern setzt sich konsequent für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie queerer Menschen ein.
- Die Stadt Bern baut Hürden für Menschen mit Behinderung ab und setzt das BehiG konsequent um.
- Die Stadt Bern engagiert sich gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und Hate Crimes.

4. Sozialpartnerschaftliche Personalpolitik

- Die Stadt Bern sichert und setzt sich fortwährend für gute Arbeitsbedingungen und Löhne des städtischen Personals ein.
- Die Stadt Bern erhöht das Pensionsalter für städtische Angestellte nicht, der flexible Altersrücktritt nach den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden wird ermöglicht.
- Die Stadt Bern stellt einen inklusiven Zugang als Arbeitgeberin sicher und betreibt eine diversitätssensible Personalpolitik.
- Die Stadt Bern setzt sich konsequent für einen starken Gesundheitsschutz ihrer Mitarbeitenden ein.
- Die Stadt Bern setzt die Frauenquote konsequent um.
- Die Stadt Bern setzt sich für eine gelebte Sozialpartnerschaft ein, sie stärkt die Mitbestimmung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden.

5. Zukunftsgerichtete Bildungspolitik

- Die Stadt Bern versteht frühe Förderung und familienergänzende Betreuung als Teil der öffentlichen Bildung und stärkt sie.
- Die Stadt Bern garantiert mit dem Betreuungsschlüssel (gemäss FEBR) gute Arbeitsbedingungen und hohe Betreuungsqualität in der Tagesbetreuung der Schulkinder.
- Die Stadt stellt sicher, dass alle Zugang zu bezahlbaren Kitas haben. Sie betreibt bedarfsgerecht eigene Kitas und sorgt für gute Rahmenbedingungen für alle Kitas auf städtischem Boden.
- Die Stadt Bern führt Ganztageschulen in allen Stadtteilen und auf allen Stufen ein.
- Die Stadt Bern investiert bei den Volksschulen und der ausserschulischen Bildung in die integrative Bildung und stellt genügend Ressourcen zur Verfügung.
- Die Stadt Bern setzt sich für eine frühzeitige Koordination von Schulraum und Wohnbau ein, so dass neue innovative Schulmodelle umgesetzt werden können.
- Die Stadt Bern setzt sich bei Bund und Kanton für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in diesem Bereich ein.

6. Bezahlbares Wohnen für alle

- Die Stadt Bern setzt ihre aktive Wohnbaupolitik fort und ermöglicht bis 2030 mindestens 4000 neue Wohnungen, die in Kostenmiete vermietet werden.
- Bis 2028 erhöht die Stadt Bern die Anzahl GüWR-fähige Wohnungen auf 2000.
- Die Stadt erhöht die Anzahl Wohnungen mit vier und mehr Zimmern in ihrem Portfolio bis 2030 auf mindestens 700, hindernisfreie Wohnungen auf 500.
- Die Stadt Bern gestaltet Sanierungen ökologisch, wirtschaftlich und sozialverträglich.
- Die Stadt Bern weitet die Wohninitiative auf alle Zonen, in denen Wohnungen gebaut werden können, aus.
- Die Stadt Bern sorgt für energieautarke Siedlungen und Plusenergiequartiere.
- Die Stadt Bern fördert neue Wohnformen (Generationenwohnen, Clusterwohnungen, etc.).
- Die Stadt Bern verhindert Obdachlosigkeit und sorgt im Sinne von *Housing first* dafür, dass alle Zugang zu Wohnen haben.
- Die Stadt Bern bekämpft die Zweckentfremdung von Wohnraum durch die Umsetzung des Zweitwohnungsreglements und anderer nötiger Massnahmen, um Plattformen wie Airbnb und co. auf den Homesharing-Gedanken zurückzuführen.
- Die Stadt Bern führt nach Basler Vorbild eine Mietzinskontrolle bei Sanierungen ein, damit das Mietrecht eingehalten wird und die Mietzinse nicht zu stark steigen.
- Die Stadt Bern verhindert Leerstand, fördert nichtkommerzielle Zwischennutzungen und toleriert und vermittelt bei Besetzungen.

7. Klimafreundliche und stadtverträgliche Verkehrspolitik

- Die Stadt Bern priorisiert stadt- und umweltverträglichen Verkehr und reduziert den MIV
- Die Stadt Bern baut wo möglich Parkplätze ab. Die Parkierung wird vom öffentlichen Raum in bestehende Parkierungsinfrastruktur sowie den privaten Raum verlagert.
- Die Stadt Bern setzt auf kombinierte Mobilität.
- Die Stadt schränkt die Bezugsvorschriften bei den Anwohnendenparkkarten ein, damit der öffentliche Raum entlastet wird.
- Die Stadt Bern setzt die Dekarbonisierung des ÖV und der städtischen Fahrzeuge weiter konsequent um.
- Die Stadt Bern fördert den Fussverkehr («Stadt der kurzen Wege») und setzt den Masterplan «Fussverkehr» konsequent um.
- Die Stadt Bern setzt den Masterplan Veloinfrastruktur konsequent um und realisiert unter Einbezug umliegender Gemeinden die Velohaupttrouten.
- Die Stadt Bern bekämpft Autobahnausbauprojekte, die Mehrverkehr für das städtische Verkehrsnetz bringen.
- Die Stadt Bern strebt einen autofreien Bahnhofplatz (ohne privaten MIV) und weitere autofreie Zonen an.
- Die Stadt Bern strebt flächendeckend Temporeduktionen (Tempo 30, Begegnungszonen) an.

8. Nachhaltige Wirtschaftspolitik und starker Service public

- Die Stadt Bern trägt Sorge zu lokaler Wertschöpfung und zu den Arbeitsplätzen.
- Die Stadt nutzt ihren Spielraum beim öffentlichen Beschaffungswesen: Sie fördert eine soziale und ökologische Vergabepolitik, gewichtet Nachhaltigkeitskriterien höher als reine Preisüberlegungen, berücksichtigt Unternehmen, die faire Arbeitsbedingungen bieten und soziale

Verantwortung übernehmen und stärkt die lokale Wirtschaft. Sie macht entsprechende Vorgaben und wirkt bei Beschaffungen der geplanten Obsoleszenz entgegen (bspw. Aufrüstung statt Neukauf, Einhaltung Lohngleichheit, Verlängerung von Lebenszyklen sofern möglich etc.).

- Die Stadt Bern stärkt die Kontrollen gegen Lohndumping und für die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge sowie Korruptionsprävention und verhängt bei Verstössen wirksame Sanktionen.
- Es gibt in der Stadt Bern ausreichend Gewerbe- und Industriezonen und entsprechende Dienstleistungen im Sinne einer Stadt der kurzen Wege.
- Die Stadt Bern unterstützt den Umbau zur Kreislaufwirtschaft: Sie stellt die Verwaltung sowie ihre Unternehmen (z.B. ewb, bernmobil) wo immer möglich auf Kreislaufwirtschaft um und unterstützt ihre Leistungsvertragspartner:innen und private Unternehmen bei diesem Unterfangen.
- Die Stadt Bern stärkt ihren Service public und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung.
- Die Stadt Bern verfügt über ein ökologisches und soziales Citylogistik-Konzept und setzt dies um.
- Die Stadt Bern stellt sich gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten.

9. Grundrechte und öffentliche Sicherheit

- Die Stadt Bern schafft eine unabhängige Anlaufstelle für polizeiliche Übergriffe.
- Die Stadt Bern setzt auf Deeskalation statt Repression bei Demonstrationen und verfolgt eine liberale Bewilligungspraxis. Die Stadt Bern setzt sich gegen die Videoüberwachung der Demonstrationen ein.
- Die Stadt Bern setzt sich wo möglich gegen Auslagerung von Sicherheitsaufgaben an private Unternehmen und gegen den Einsatz des Militärs bei polizeilichen Aufgaben ein.
- Die Stadt Bern strebt das Einwohner*innen-Stimm- und Wahlrecht sowie Stimmrechtsalter 16 an.
- Die Stadt Bern bekämpft Schwarzarbeit und Menschenhandel sowie Ausbeutung konsequent.
- Die Stadt Bern verfolgt eine liberale Drogenpolitik und setzt dabei auf Aufklärung, Regulierung und Sensibilisierung.
- Die Stadt Bern setzt Massnahmen zum Abbau von stereotypen Rollenbilder und Vorurteilen um und engagiert sich gegen geschlechterspezifische, queerfeindliche sowie sexualisierte Gewalt.
- Die Stadt Bern strebt eine eigene Stadtpolizei an.
- Die Stadt Bern setzt das Verbot für Videoüberwachung durch Private konsequent um (Bewilligungspflicht) und setzt selber Videoüberwachung nur in gut begründeten Einzelfällen ein.

10. Öffentlicher Raum gehört allen

- Events im öffentlichen Raum dürfen nicht mit Konsumzwang verknüpft sein.
- Die Stadt Bern schafft genügend Freiräume und priorisiert die öffentliche gegenüber der kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raumes.
- Die Stadt Bern setzt sich für eine möglichst ökologische Durchführung von Veranstaltungen ein.
- Die Stadt Bern baut ihre Wegweisungspraxis gegenüber Menschen mit Lebensmittelpunkt auf der Gasse kontinuierlich ab und führt kein Bettelverbot ein.

11. Vielfältige Kultur- und Sportangebote für alle

- Die Stadt Bern fördert die Vielfalt des Kulturangebotes und den Zugang für alle Berner*innen.
- Die Stadt Bern erhöht die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden.
- Die Stadt Bern stellt Ressourcen für ein klimafreundliches Kulturschaffen zur Verfügung.
- Die Stadt Bern steht hinter der Reitschule als Teil der städtischen Kultur.
- Die Stadt Bern fördert den Breitensport und stellt die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung.
- In der Sportförderung wird die Zugänglichkeit für alle Geschlechter gefördert. Wo nicht ausgeglichen, werden die übrigen Geschlechter priorisiert.

12. Zielorientierte Finanzpolitik

- Die Stadt Bern verfolgt eine langfristige finanzpolitische Strategie mit dem Ziel, einen guten Service Public für alle Berner*innen zu bieten. Dazu sollen mittelfristig Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht gehalten und die Neuverschuldung berücksichtigt werden.
- Die Stadt Bern priorisiert (neue) Investitionen konsequent und orientiert sich dabei an den Bedürfnissen der Stadtbewohner*innen.
- Die Stadt Bern setzt auf das Design-to-cost-Prinzip.
- Die Stadt Bern wird keine Steuern senken und auch keine Schuldenbremse einführen.
- Die Stadt Bern engagiert sich gegen die Steuersenkungspolitik des Kantons Bern, für einen Ausbau der Gemeindeautonomie in Steuerfragen und für einen Ausgleich der tatsächlichen Zentrumslasten.

13. Stadtentwicklung vorantreiben

- Die Stadt Bern aktualisiert das STEK 2016 und zeigt auf, welche Chantiers sich wie entwickeln können. Sozialräumliche Aspekte und die Planung von Schulraum und weiteren öffentlichen Infrastrukturen haben hohe Priorität.
- Die Stadt Bern orientiert sich bei der Stadtentwicklung am Prinzip der «Stadt der kurzen Wege».
- Die Stadt Bern realisiert das Gaswerkareal und das Viererfeld so, dass bezahlbare Wohnungen mit hoher Qualität entstehen.
- Wichtige Projekte in den Entwicklungsschwerpunkten ESP Ausserholligen und ESP Wankdorf (Wankdorf City 3) werden realisiert.
- Die Stadt Bern entwickelt eine Strategie für Verdichtungen im Bestand.
- Die Stadt Bern erhält und fördert die städtebauliche Qualität. Dabei fördert sie die soziale Durchmischung in den Quartieren und steuert der Gentrifizierung entgegen.
- Die Stadt Bern stärkt die Mitwirkung der Quartierbewohner*innen und demokratisiert die Quartierkommissionen.

14. Nachhaltige digitale Transformation

- Die Stadt Bern nutzt die Potenziale der Digitalisierung für eine inklusive und nachhaltige digitale Transformation, welche die Bedürfnisse der Einwohner*innen der Stadt Bern ins Zentrum stellt.
- Die Stadt Bern stellt einen niederschweligen Zugang der städtischen Angebote für alle sicher.
- Die Stadt Bern stellt Ressourcen für die Unterstützung der städtischen Mitarbeitenden ein.

- Für die Stadt Bern hat der Datenschutz eine hohe Priorität.
- Die Stadt Bern stärkt die Kooperation mit anderen föderalen Ebenen für den Ausbau der digitalen Verwaltung.
- Die Stadt Bern setzt sich für die konsequente Weiterentwicklung der Angebote im Bereich Open Government Data ein.

15. Zusammenarbeit mit Gemeinden, Region, Kanton und Bund

- Die Stadt Bern wird als politisches und kulturelles Zentrum gestärkt.
- Die Stadt Bern vertieft die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und mit anderen Städten, um gezielter gegenüber dem Kanton und Bund auftreten zu können.
- Die Stadt Bern setzt institutionelle Reformschritte aus der gescheiterten Fusion mit der Gemeinde Ostermundigen um:
 - o Die Stadt führt eine Volksabstimmung über die Erweiterung des Gemeinderats von fünf auf sieben Mitglieder durch.
 - o Die Stadt reformiert und stärkt die Stadtteil-Mitwirkung.